

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencische 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-298
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Einzelverkaufsstelle:
Geschäftst. 9-5 Uhr

Verleger: Hermann-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindencische 3
Verkaufpreis: Dönhoff 2500-2501

Erweitertes Konferenz-Programm.

Militärische Räumung. — Sicherheits- und Schuldfragen.

Paris, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ueber Nacht ist die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes zum Zentralproblem der Londoner Konferenz geworden. Was am Sonntag noch in weitesten Kreisen auf starke Zweifel gestossen war, wird am Montagmorgen offiziell bestätigt. Ramsay MacDonald hat die Frage der militärischen Räumung zunächst in einem Briefe aufgeworfen, den er am Freitagabend an Herriot gerichtet hat. Er begründet diesen Schritt damit, daß die Natur der von den Bankiers geforderten Garantien es zwingend erfordere, Klarheit über die Räumungsfrage zu schaffen; außerdem hat er ausdrücklich dabei einzuwirken lassen, daß nach seiner Ansicht eine prinzipielle Regelung dieser Frage geeignet sei, die Schwierigkeiten, in die die Konferenz seit einer Woche geraten ist, zu überwinden. Herriot und mit ihm Thunis, der zu den Beratungen zugezogen worden war, hatte im Gegensatz zu den Darstellungen der französischen Presse, die Diskussion darüber keineswegs abgelehnt. Beide haben lediglich die Bedingung daran geknüpft, daß, wenn schon die ursprünglich vereinbarte Beschränkung der Londoner Konferenz auf bestimmte Fragen aufgegeben werde, dies nicht einseitig, sondern auch zugunsten der Fragen der Sicherheit und der alliierten Schuldfrage, deren Regelung für Frankreich und Belgien die unerlässliche Gegenleistung für die militärische Räumung des Ruhrgebietes darstelle. Dieser Standpunkt ist von MacDonald im Prinzip anerkannt worden. Nach dem „Matin“ soll von englischer Seite die Zustimmung gegeben worden sein, daß, wenn Frankreich durch die von ihm verlangten Zugeständnisse die Erledigung der Reparationsfrage in dem von der Konferenz gewünschten Sinne ermögliche, die Fragen der Sicherheit und der alliierten Schuld in einer den französischen Interessen Rechnung tragenden Weise der Lösung entgegengeführt werden sollen. In der Aussprache, die sich naturgemäß nur auf die großen Linien der verschiedenen Probleme bezogen hat, habe Ramsay MacDonald die Einbringung eines von dem Entwurf des Völkerbundes abweichenden wirksamen und die moralische Unterstützung Amerikas verbürgenden Garantievertrages auf der Herriots Tagung des Völkerbundes in Aussicht gestellt. In der Schuldfrage habe er Vorschläge gemacht, die darauf hinauslaufen, die französische Schuld an England um 2/3 oder 2/4 nachzulassen und für den Rest einen Zahlungsanspruch von langjähriger Dauer einzuräumen. Er habe darüber hinaus versichert zu können, daß in diesem Falle auch Amerika zu einem Abkommen mit Frankreich bereit sei, das auf die nahezu völlige Streichung seiner Schuld hinauslaufe.

Diese überraschende Erweiterung des Programms der Londoner Konferenz ist nicht nur von Herriot und Thunis angenommen worden; sie begegnet, wie aus den bisher vorliegenden Kommentaren der Pariser Presse ersichtlich ist, auch in Frankreich selbst keinerlei grundsätzlicher Opposition. Sogar der „Matin“ erklärt, die Vorbedingung einer solchen Regelung sei von unabsehbarer Tragweite, daß Herriot dessen sicher sein müsse, daß die parteipolitische Opposition seiner Gegner endlich aufhöre, keinen Patriotismus und kein Verantwortungsgewissen in Frage zu stellen. Weiter stellt das Blatt die Bedingung, daß Herriot sich nicht mit platonischen Zusicherungen von England und Amerika begnügen dürfe, sondern daß er in der Frage der Sicherheit und der Schuld von London bestimmte Zugeständnisse mit nach Hause bringe. Darüber hinaus müsse es direkten Verhandlungen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien vorbehalten bleiben, die erforderlichen Kompensationen für die militärische Räumung des Ruhrgebietes, die das Blatt insbesondere in deutschen Zugeständnissen bei dem bevorstehenden Abschluß eines Handelsvertrages sieht, zu erreichen. Weiterhin verlangt das Blatt, daß die deutsche Delegation zu den Verhandlungen in London erst zugezogen werde, wenn die Alliierten sich über den gesamten Komplex dieser neu aufgeworfenen Frage resümiert verständigt hätten.

Herriots mutiger Entschluß.

London, 28. Juli. (W. T. B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, während des Wochenendes hätten sich die gesamten Ausschüsse der alliierten Konferenz in bemerkenswerter und vollkommenere Weise geändert, was sowohl die materielle Bedeutung, als auch die moralischen Erfolgsaussichten erhöhe. Dies sei in hohem Maße auf den Beschluß Herriots zurückzuführen, die Drohung der nationalistischen Opposition in Paris unberücksichtigt zu lassen. Herriot habe zugestimmt:

1. daß die deutsche Regierung, falls die heutige Vollkonferenz dem zustimmt, eingeladen werden soll, ihre Delegierten unverzüglich nach London zu entsenden, und daß in den Hauptfragen, wie Maßnahmen zur wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung der Einheit Deutschlands oder mit anderen Worten der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes die deutschen Delegierten das freie Recht der Erörterung mit den Alliierten über die geplanten Vereinbarungen genießen sollen;

2. daß die baldige militärische Räumung des Ruhrgebietes, die auf die wirtschaftliche Räumung folgen soll, von den alliierten Regierungen erwogen und von den Befehlsmächten erörtert werden soll.

Diese zwei bedeutenden Entscheidungen Herriots überschatteten augenblicklich die übrigen Fragen, mit denen sich die Konferenz befaßt, und sogar in gewissem Maße die Schwierigkeiten, die bezüglich der Dawes-Anleihe entstanden seien. Es habe ein großes Maß

von Mut Herriots erfordert, so zu handeln, denn diesen seinen Entscheidungen sei

ein unformelles Ultimatum Poincarés

mit Bezug auf drei Punkte vorausgegangen, in dem er darauf hingewiesen worden sei, daß er den hartnäckigsten Widerstand zu erwarten habe, wenn er u. a. nicht die folgenden drei Punkte annehme:

- a) Deutschland soll nicht unter der Bedingung der Gleichberechtigung zur Konferenz zugelassen werden.
 - b) Der Grundlag der Durchsetzung des deutschen Eisenbahnpersonals im Rheinland mit alliierten Eisenbahnen soll aufrechterhalten werden.
 - c) Für die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes sollen keine endgültigen Zeitpunkte festgesetzt werden.
- Über Herriot sei entschlossen, sich keinem derartigen Diktat seiner Opposition zu unterwerfen. Es verstehe sich von selbst, daß Herriot bei seinem Eintreten für eine Politik zukünftigen Zusammenwirkens zwischen den früher feindlichen Nationen der Sympathie und Unterstützung sowohl der britischen als auch der amerikanischen öffentlichen Meinung sicher sei. Der Beschluß, mit den Deutschen in den Hauptfragen auf dem tatsächlichen Fuße der Gleichberechtigung zu verhandeln, sei im großen Maße veranlaßt worden durch Besprechungen, die Herriot und Clémentel mit Staatssekretär Hughes und mit Schatzsekretär Mellon vergangene Woche gehabt haben.

Den Alliierten Englands sei zu verstehen gegeben worden, daß nach der Durchführung des Dawes-Berichts und der erforderlichen Ausgabe der Anleihe amerikanische Kredite nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich und für andere Länder reichlich nach Europa fließen würden. Herriots Haltung gegenüber Deutschland sei durch die beiden hervorragenden Juristen Sir Cecil Hurst und Fromageot voll unterstützt worden.

Herriots Beschluß bezüglich der militärischen Räumung des Ruhrgebietes sei durch ein Schreiben Ramsay MacDonalds hervorgerufen worden, in dem letzterer im Namen der britischen Regierung bei seinem französischen Kollegen in freundschaftlicher Weise anregte, daß der Augenblick gekommen sei, wo die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes aufgeworfen werden könne, da es schwierig sein würde, sie noch zu verschleppen, wenn die wirtschaftliche Räumung beendet sein würde. Er nimmt an, daß Frankreich zu einer Bedingung der baldigen militärischen Räumung des Ruhrgebietes machen werde, daß Deutschland sich bereit erkläre, mit Frankreich einen Handelsvertrag abzuschließen, der den Erfordernissen der Industrie Frankreichs, vor allem Elbsch-Bohringen, voll auf genüge.

Das erste oder politische Komitee tritt mittags zusammen und die Franzosen hoffen, daß angesichts der veränderten Lage die britische Regierung dem früheren Protokoll über die Bezugs- und Sanktionenfrage in der Thunis-Formel endgültig zustimmen werde. Herriot werde aufrechterhalten, daß er insbesondere angesichts des Versprechens, das er dem französischen Parlament gegeben habe, dieses im Brüsseler Vertrag enthaltene souveräne Recht Frankreichs nicht zu veräußern, nicht formell auf Frankreichs Ansprüche, eine unabhängige Aktion in einem äußersten Falle zu unternehmen, verzichten könne. Das bedeute, wie erklärt werde, nicht mehr als eine neue Bekundung eines theoretischen Rechts. Es müsse abgeworfen werden,

ob die Bankiers ihren Einwand gegen eine detaillierte Klausel angesichts der finanziellen Garantien, die Frankreich weiterhin bereit sei, ihnen anzubieten, zurückziehen werden.

Für die britische Regierung läge dann auch die Erwägung in Betracht, ob die Annahme dieser Klausel bedeuten würde, daß der britische Rechtsstandpunkt, separate Aktionen widersprechen dem Versailler Vertrag, fallen gelassen werden solle. Wenn aber die Zustimmung der Bankiers nicht zu erlangen sei, würde die Erörterung einer solchen Formel fruchtlos sein.

Die deutsche Abordnung nach London.

Die deutsche Delegation zur Londoner Konferenz wird, vorausgesetzt, daß im Laufe des Montag die Einladung Deutschlands von der Vollkonferenz beschlossen werden sollte, in einem Sonderzug voraussichtlich am Mittwoch morgen die Reise über Holland nach England antreten. Die bayerische Regierung wird innerhalb der deutschen Delegation durch den Handelsminister v. Meinel vertreten werden. Die Vertretung der badischen Regierung dürfte der badische Ministerpräsident Köhler selbst übernehmen.

Auch die Reparationskommission nach London.

London, 28. Juli. (W. T. B.) „Times“ zufolge wird beabsichtigt, die Reparationskommission nach London zu berufen, um mit den Mitgliedern den Dawes-Plan zu erörtern. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden die Mitglieder der Reparationskommission morgen oder spätestens Mittwoch vollständig in London erscheinen. Die Anzeichen, daß die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes vielfach auch ernstlich von dieser Konferenz behandelt werde, hätten eine gewisse Beunruhigung in französischen Kreisen erzeugt. MacDonald habe Herriot vorgeschlagen, daß die militärische Räumung des Ruhrgebietes spätestens innerhalb von sechs Monaten nach der Annahme des Dawes-Planes vollendet sein solle.

Der gefesselte Herriot.

Von einer bekannten Persönlichkeit, die mit dem französischen Ministerpräsidenten in ständiger Fühlung steht, hat der „Soz. Parlamentsdienst“ nachstehende Zuschrift erhalten. Ihre Zweck ist, die Ansicht der Haltung der französischen Delegation in London gebietet Zweifel an einem ernsthaften Willen zur Verständigung zu beheben.

Paris, 28. Juli.

Die französische öffentliche Meinung ist durch den Verlauf der Londoner Konferenz in starke Verwirrung geraten. Während die Rechte Herriot vorwirft, sämtliche starken Positionen Frankreichs aufzugeben, zeigt man auf der Linken immer größeres Erstaunen darüber, daß der Ministerpräsident ein neues Ziel mit alten verbrauchten Mitteln zu erreichen sucht. Denn daß Herriot nach wie vor dieses neue Ziel, die wirkliche Verständigung mit Deutschland, unverrückbar im Auge hat, daran zweifeln die Linksparteien, den selbstamen Vorgängen in London zum Trotz, auch heute noch nicht. Sie haben Gründe dafür, über die sich einstweilen nicht öffentlich reden läßt. Das erklärt die Zurückhaltung, die sich die Linkspresse, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, in ihren Kommentaren zu den Londoner Verhandlungen auferlegt. Man will in den sozialistischen und auch in der Mehrzahl der radikalen Kreise keineswegs, daß Herriot die sogenannte „Aktionsfreiheit“ Frankreichs zum Mittelpunkt der Diskussion macht, während man weiß, daß er sich nicht den geringsten Diskussionen hingibt über die praktische Sinnlosigkeit dieser Formeln und dieses „Rechts“. Da die ganze neue Politik doch darauf hinausläuft, durch die Erzielung einer Verständigung zuerst unter den Alliierten und dann zwischen den Alliierten, Frankreich an der Spitze, und Deutschland der „Sanktionspolitik“ für immer ein Ende zu machen, so betrachtet man in führenden politischen Kreisen hier die ganze Sanktions- und „Aktionsfreiheit“-Diskutiererei als ein Buchstabengemischel, das zwar Poincarés würdig gewesen wäre, aber in keiner Weise mit der Politik, die die neue Mehrheit zu machen entschlossen ist, identisch sein kann. Diese Ansicht kommt in vertrauten Kreisen viel schärfer zum Ausdruck als in den Zeitungsartikeln, obwohl der „Temps“ (Herbette), die „Information“ und die Presse der Linken, wie der „Quotidien“ und der „Ere Nouvelle“ das ziemlich deutlich umschrieben haben.

Herriot hält sich durch seine Rede, die er vor der Abreise nach London im Senat hielt, gefesselt. Obwohl er versucht hatte, allzu präzisen Fragen auszuweichen, hatte ihn Poincarés schließlich zu der Erklärung veranlaßt, daß er an die „Aktionsfreiheit“ Frankreichs nicht denken lassen würde, und dieses Versprechen war es, das Poincarés zum Anlaß nahm, seine Freunde zu bitten, für das Ministerium zu stimmen in der festen und richtigen Annahme, daß sich der von parlamentarischen Strupeln schwer geplagte Herriot dann um so gebundener fühlen würde. Da die öffentliche Meinung nicht aufgeklärt ist über die wahre Bedeutung der sogenannten Aktionsfreiheit und die dem Nationalen Block treugebliebenen großen Boulevardblätter eine Art von heiligem Symbolum aus ihr gemacht haben, fürchtet Herriot zweifellos, selbst in der Kammer auf Hindernisse zu stoßen; wenn er in dieser Frage weitere Zugeständnisse machen würde.

Das ist um so tragischer, als Herriots ganze Gedankenrichtung jedem alleinigen Vorgehen Frankreichs in der Zukunft zuwider ist. Seine Stellung ist vom Standpunkt der französischen öffentlichen Meinung aus noch schwieriger geworden, seitdem die völlige Aufgabe selbst der theoretischen Aktionsfreiheit zu einer Förderung der Finanzkreise geworden ist. Um das zu verstehen, muß man sich über den großen Unterschied klar sein, der in dieser Hinsicht zwischen England und Amerika auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite besteht. Für die öffentliche Meinung in England und Amerika und bis zu einem gewissen Grade in Deutschland mag der Eingriff der Finanzleute am wirksamsten sein. Ganz anders wirkt er in Frankreich. Es war gegenüber der öffentlichen Meinung des Landes eine Stärkung Poincarés, daß er jederzeit das Uebergreifen der finanziellen Interventionen auf das politische Gebiet laut und feierlich ablehnte, oft zur Verweissung gewisser zum Nationalen Block gehöriger Finanzkreise. Die französischen Sozialisten, die doch von jeher gefordert haben, daß man die wirtschaftliche und finanzielle Seite des Reparationsproblems in den Vordergrund rücken müsse, haben in diesem Punkte Poincarés nie Vorwürfe machen können. Wenn es nun heute unter der Herrschaft der Linken und des Kabinetts Herriot dazu käme, daß die Finanz die Führung an sich reißt, so würde das nicht nur dem Nationalen Block billiges und wirksames Agitationsmaterial bieten, sondern es würde auch unter den zur Linken gehörigen Massen eine gefährliche Reaktion erzeugen. Das haben übrigens französische Sozialisten in den letzten Tagen unverhohlen zum Ausdruck gebracht, und es ist anzunehmen, daß auch die englische Regierung davon unterrichtet worden ist. Daß es so weit kommen konnte, daran ist die von Herriot eingeschlagene Taktik mit schuld. Darüber ist man sich hier klar.

Eine starke Genugtuung empfindet man in den Kreisen der französischen Kammermehrheit darüber, daß Deutschland nun eingeladen wird nicht nur, um gefasste Beschlüsse zu unterzeichnen, sondern um vorher in freier Diskussion seine Meinung zu äußern. Seit dem Beginn der Konferenz hatte die Agentur Havas Meldungen verbreitet, denen zufolge die französische Delegation sich gegen die Einladung Deutschlands wende. Das mag gestimmt haben, soweit gewisse wichtige Mitarbeiter, die Herriot leider mit nach London nahm, in Be-

tracht kommen. Aber es war sicher von vornherein falsch, was den Ministerpräsidenten selbst betraf, der seinen Freunden gegenüber nie einen Zweifel darüber gelassen hat, daß die Ultimatenperiode ein für allemal als abgeschlossen betrachtet werden müsse. Man bedauert es aber gerade deshalb in führenden linken Kreisen besonders, daß Herriot nicht versteht, wenigstens den moralischen Vorteil dieser neuen Stellungnahme zu wahren, sondern auch in diesen Fragen den Eindruck entstehen ließ, als ob er sich nur dem Zwange füge.

Daß Herriot alles daran setzt, seinen Gegnern vom Rationalen Bloch das Spiel möglichst zu erschweren, ist selbstverständlich. Aber man hat die Empfindung, daß er durch die Nachahmung einer aus der Poincaré-Periode stammenden Taktik, die mit seiner eigenen Überzeugung nichts zu tun hat, nur das Gegenteil erreicht. Im übrigen hat man hier die Hoffnung keineswegs aufgegeben, daß der französische Ministerpräsident noch während der Londoner Konferenz unter voller Wahrung der französischen Reparationsinteressen Gelegenheit finden wird, um den Wechsel, der am 11. Mai in Frankreich eintrat, klar und unzweideutig zum Ausdruck zu bringen.

Senat und Kammer werden am Dienstag zusammenzutreten. Herriot, auf dessen Rücktritt man in gewissen Kreisen gezählt hat, wird in London bleiben. Das ist am Freitag endgültig beschlossen worden. Die Kammer wird einstweilen eine Reihe innerer Fragen (provisorisches Budget, Achstundentag im Eisenbahnwesen usw.) diskutieren und sich, wenn die Konferenz andauert, vertagen bis zur Rückkehr Herriots. Von der Absicht, eine Regierungserklärung zum gegenwärtigen Stande der Londoner Verhandlungen abzugeben, ist man wieder abgekommen. Im Senat scheint man dagegen ein Mandat gegen Herriot vorzubereiten. Der Präsident der Senatskommission für die auswärtigen Angelegenheiten hat die Kommission einberufen und die Londoner Konferenz auf die Tagesordnung gesetzt. Poincaré soll beschließen, „Richtlinien“ annehmen zu lassen, die dem Ministerpräsidenten nach London übermittelt werden sollen. Das wäre in anderer Form der Streich, den man Briand während der Konferenz von Cannes gespielt hat, nur daß damals die Senatskommission sich auf die der Kammer verlassen konnte, während jetzt die Zusammensetzung der Kammerkommission dafür bürgt, daß diese sich zu keinen Konspirationen gegen Herriot hergeben wird.

Die beginnende Woche wird für den endgültigen Verlauf der Konferenz entscheidend sein. Trotz der kritischen Zuspitzung der Verhandlungen bemüht man sich in den französischen Kreisen, ruhig Blut zu bewahren. Soweit eine Einwirkung von Paris aus auf die französische Delegation stattfindet, geschieht das im Sinne der Verständigung, allen immer wieder neu auftauchenden Hindernissen zum Trotz.

Die Interpellationen an Herriot.

Paris, 27. Juli. (Eigener Bericht.) Die Unzufriedenheit über Herriots Außenpolitik, die in den Kreisen der Linken von Tag zu Tag zunimmt, hat ihren Niederschlag in zwei Interpellationen gefunden, die Leo Blum für die Sozialisten und Margaine für die Radikalsozialisten über die Londoner Konferenz eingebracht haben. Eine dritte Interpellation hat der Kommunist Cachin angehängt. Auch in der Linkspresse findet das Befremden in Herriots Taktik neuerdings sehr unabweisenden Ausdruck. So schreibt am Sonntag die „Republique“ über republikanische Kreise, die sich angesichts der Entwicklung in London eine von Tag zu Tag zunehmende Besorgnis zeigen. Die Mehrheit, die am 11. Mai gegen die Politik Poincarés gestimmt habe, nehme mit wachsenden Erfahren wahr, daß der Schatten Poincarés auf den Verhandlungen der Konferenz liege und sie mehr und mehr zu verdunkeln scheine. Aus jählicher Rücksicht habe Herriot offenbar einen brüsten Bruch mit der Politik seines Vorgängers vermeiden wollen. Herriot laufe aber neuerdings Gefahr, daß Opfer dieser Taktik zu werden. Denn er habe sich selbst in ein Dilemma hineingetragen, so daß es nur eine Lösung gebe. Er müsse sich entscheiden zwischen der Möglichkeit, die deutsche Schuld vollständig zu heben und dann den Verzicht auf politische und militärische Sanctionen zum Ausdruck zu bringen, oder aber der Handlungsfreiheit, die jede Aussicht auf Reparationszahlungen illusorisch mache.

Ferruccio Busoni.

Ferruccio Busoni ist an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben.

Wer ihn einmal am Flügel gesehen hat, wer Zeuge seines durchgeistigsten und doch so virtuosischen Spiels gewesen ist, der könnte denken, Busoni sei der größte Schüler Liszts gewesen. Er war es nicht, aber er war als Pianist von Weltreife kein Nachfolger. Er gehörte zu den wenigen Ausnahmefällen, die das Werk eines Großen durch das Filter seiner eigenen Persönlichkeit hindurchdringen dürfen, ohne pietätlos zu wirken. Er gehörte zu denen, die eigenen Stil hatten und, kind ihrer Zeit, selbst Bach und Mozart gegenüber eine Auslegung riskieren durften, die Jünglingen ein Beispiel, modernen Ohren eine Erquickung war. Was er interpretierte, war sein Erlebnis, sein Eigentum geworden. Er verband klassische Form mit modernem Empfinden, immer von hoher künstlerischer Warte aus. Ein eigener, ein starrsinniger und doch ein großer Poet, ein überragender Künstler. Ein Wille, eine Tendenz, ein Drang zur Grobheit und zu spezialistischer Färbung war in seinem Spiel, ja auch etwas Philologie, mindestens lag eine ausgearbeitete Dialektik meistern im Phrasieren, Binden, im Kennlichmachen von Bissen, wesentlichen Mittelstimmten. Der Augenblick schuf Farbe von unnahelhafter Schillerung, brachte Klänge von ätherischer Goldheit und Holdheit. Der Mann mit dem priesterhaften Kopf, den hinter die Welt schauenden Augen, mit dem ersten Willen schien gleichgültig auf die Menschen zu blicken, gefesselt von Ideen, gebändigt und getrieben von Eros und von einem Dämon in ihm selber.

Eine Persönlichkeit, ein Mensch in Goetheschem Sinn. So zog er Künstler an, dann die Frau, sein Ziel, sein Rat zur Richtschnur ihres Wollens und Strebens wurde. Seit Liszt trank so sein Musiker auf hohem Sitz. Kunst galt ihm wenig, Haß und Feindschaft gar nichts. Italienisches und deutsches Blut floß in seinen Adern. Als Kunst galt ihm nicht nur Musik; ungeweiht strebte sein Wesen einer Allkunst zu. Ganz früh schon schenkte er auf den Sieg der Futuristen, ganz früh begründete er eine neue Welt der Kunst, erkannte er den Wert der Dichtung, experimentierte er mit neuen Bindungen der Harmonik und des Orchesterkolorits. Ein Grübler, eine Hofnatur, einer mit dem Blick in unbesaitetes Land. In den neunziger Jahren stand er wohl als Vorführer der Modernen in Berlin vereinzelt da. In ihm verkörperte sich nie in einem lebenden Symbol der Kunstfortschritt. Auch wer anderer Meinung war, beugte sich stets autoritativen Urteilen, seiner von propagandierender Kraft erfüllten Tat. Wenn Busoni ohne Präferenz, ohne Umschweife sein Urteil über einen Musiker abgab, aber gar wenn er ihn in den Kreis seiner Schüler aufnahm, dann durfte man gewiß sein, daß ein Wert in dem Erwählten lag. Daß sich manche seiner Schüler auch die höchsten persönlichen Ausdrucksbewegungen des Meisters zu eigen machten, war nur die Schuld seiner anziehenden und höchst suggestiven Persönlichkeit.

Als Komponist blieb er problematisch. Ein Leben lang kämpfte er um die Vollendung in Form und Ausdruck. Seine Bach-Ausgabe ist Beweis dafür. Wie stark er in Bachscher Welt

Der Brotwucher beginnt.

In Berlin sind bisher die Bäckermeister mit ihren Absichten auf Brotpreiserhöhung nicht durchgedrungen. Die sofortige Alarmierung der öffentlichen Meinung hat zweifellos abtötend auf die Gemüter gewirkt. Inzwischen beginnt die Brotpreistreiberei aber im Reich. Von heute ab ist in Dresden der Preis für ein 1900 Gramm-Brot auf 54 Pf. erhöht. Das bedeutet eine Verteuerung des Brotes um rund zehn Proz. Der Reichsernährungsminister Ranig, der den Gewerkschaften versicherte, die Einführung des Schutzolles würde keine Verteuerung des Brotes bedeuten, wird schnell genug Lügen gestraft. Leider muß man befürchten, daß es nicht nur bei Dresden bleibt, sondern das andere Städte und Gemeinden folgen werden, und daß auch in Berlin die Brotpreistreiberei beginnt. Um so energischer muß der Widerstand gegen die Schutzollpläne des Bürgerblocks organisiert werden, denn wenn diese Preissteigerungen schon ohne Schutzoll einsehen, wie werden sie erst zur Geltung kommen, wenn das Ideal der Junfer erreicht ist, wenn der deutsche Getreidepreis den Weltmarktpreis noch um die Schutzollhöhe übersteigt. Noch ist es möglich, die Pläne des Bürgerblocks zu verhindern, wenn der Widerstand der Bevölkerung von allen Seiten energisch einsetzt.

Der Zehnjahrestag.

Gestern, am 27. Juli, waren es zehn Jahre, seitdem die Nachbarn Österreich-Ungarns den Krieg angefangen haben. Den Krieg gegen Serbien und um die Erhaltung des Habsburgerreiches. Sollten sie und ihre Verbündeten sich nicht bewußt gewesen sein, daß die Kriegserklärung der Scheingroßmacht an den Kleinstaat bei dem System der zwei feindlichen Bündnisse den Weltkrieg bedeute, so war schon diese kaum denkbare Torheit bei verantwortlichen Staatsleitern wie bei Gottesgnadenträgern ein Verbrechen. Darum mißt die Sozialdemokratie dem damaligen k. u. k. Außenminister Berchtold und dem damaligen k. u. k. Generalstabschef Conrad v. Höhendorf erhebliche Mitschuld am Kriegsausbruch zu. Haben sie „nur“ den Präventivkrieg gewagt, den die Völker mit einem Meer von Blut und Leiden bezahlen mußten und noch müssen, so hat auch er selbgeschlagen — und wie! —, denn das mußte er. An der Stelle des Habsburgerreiches sehen wir heute eine Anzahl Nachfolgestaaten — Nationalitätenstaaten auch sie, wie das alte Reich, das eben an diesem Charakter mit zugrunde ging. Und gerade die beiden Nachfolgestaaten mit national oder sprachlich reinem Charakter, Deutschösterreich und Ungarn, sind von allen Unterlegenen des Weltkrieges weitaus am schändlichsten behandelt worden. Hat man doch den Deutschösterreichern verboten, was man als oberstes Recht der Tschechen, Polen, Südslawen, Rumänen proklamirte — die freie Vereinigung mit ihren Brüdern im übrigen Deutschland; hat man Deutschösterreich doch sogar den freigewählten Namen geraubt und ihm den Namen des alten Kaiserreiches eingebracht.

Der Nationalitätenstaat der Tschechoslowaken hat anlässlich des gestrigen Gedenktages seine Wortkämpfer gegen Österreich gesendet — die Hochverräter von gestern, die heute Schutzgehe gegen Hochverrat ihrer Minderheitsvölker machen, während die Nationalitätenfrage ebenso ungeklärt ist wie im alten Reich.

In allen Nachfolgestaaten aber demonstrierte die Sozialdemokratie in mächtigen Kundgebungen gegen die Mächte des alten Krieges und gegen jeden Neuen.

Gewaltig, wie alle proletarischen Kundgebungen in Wien, war auch der gestrige Aufmarsch in dieser am stärksten sozialdemokratischen Großstadt des Erdennrunds. Unser Wiener Korrespondent meldet darüber: Am Sonntagvormittag fand vor dem Wiener Rathaus eine gewaltige „Nie-wieder-Krieg“-Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei statt, an der sich über 100 000 Menschen beteiligten. Von 22 Tribünen sprachen insgesamt 42 Redner, darunter mehrere zum Internationalen Metallarbeiterkongress in Wien weilende Ausländer. Von reichsdeutschen Parteigenossen sprachen Robert Dörmann und Toni Sender. Die eindrucksvolle Ver-

lebte, dafür zeugen auch seine eigenen Klavierkompositionen, nicht zuletzt seine ewig neu bearbeitete, ewig unvollendete, in göttlicher Reinheit und Genüge aufgenommene „Phantasia contrapunctifima“. Auch sonst blieb er in Anlehnung an andere Meister (Mozart, Chopin, Beethoven) selbsttätig, schöpferisch, modern. „Bräutertanz“, „Lurand“, „Arlecchino“ gingen erfolgreich über die Bühne. Auch hier suchte er im alten Stil neue Bahnen zu wandeln. Sein Größtes sollte die Musik zu „Faust“ werden, dessen Text er selber schrieb. Teile daraus sind bekannt geworden. „Der Reigen der Geister“ und „Sarabande et Cortège“, asketische, transzendente, reine Musik eines weisen Beworbenen, der vom Experiment loskam und seine eigene, noch unerfindbare Sprache fand.

So wird Busoni, der große Anreger in Schrift und Werk, noch in der Musikwelt Geltung behalten, wenn vieles, was sich jetzt als übermodern prägt, abgeworfen ist; denn er nahm vieles an Klang, Rhythmus, Formgelesen vorweg, was wahrscheinlich spätere Jahrzehnte als gegenwärtig empfunden werden. Als anfeuernde, an Erkenntnis und Echos überreiche Persönlichkeit, als Mensch und Meister des Flügels hat er vollends Ewigkeitsbedeutung.

Kurt Singer.

Deutsche Lektüre an den französischen Schulen. In Frankreich ist an den Lyceen und Colleges die große Schulreform jetzt durchgeführt. Gelegentlich einer Besprechung, die Studienleiter Franz Bause in der Zeitschrift „Die deutsche Schule im Ausland“ den neuen französischen Lehrplänen widmet, macht er auch nähere Mitteilungen über den Vorkurs des deutschen Unterrichts in Frankreich. Danach werden in IV und III Märchen von Grimm, Schiller, Hauff gelesen, daneben Auszüge aus Novellen und Romanen von Hoffmann, Eichendorff, Chamisso, Märke, Freytag, Storm, der Eiserne Schenkel, Keller, Müllers und Spitteler, in II „Minna von Barnhelm“, Hermann und Dorothea“ nebst Auszügen aus Werther“, der „Italienischen Reise“ und „Levi“. In I stehen „Phigene“, „Egmont“, „Lasse“, „Göt“, „Wallenstein“, die „Jungfrau“, der „Prinz von Homburg“, dazu eine Auswahl aus den Dramen und Romanen des 19. und 20. Jahrhunderts, besonders aus Fontane, C. F. Meyer, Sudermann, Hauptmann, Hofmannsthal, Büllow, Thomas Mann, Johann Schöler, Freytag, Clara Viebig, Hermann Hesse auf dem Programm. Für die nach Philosophie und Mathematik gegliederten Gipfelklassen sind Auszüge aus Lessings kritischen Werken, aus „Dichtung und Wahrheit“, „Faust I“, der „Kampagne in Frankreich“ und seines Prosa vorgelesen. Da dem deutschen Unterricht in den Gipfelklassen nur zwei, sonst vier Stunden eingeräumt sind, kann das Kennenlernen dieser Schriftsteller freilich nur sehr kurzweilig erfolgen. Immerhin ist im Vergleich mit dem französischen und englischen Unterricht an deutschen Schulen die starke Berücksichtigung moderner Autoren bemerkenswert.

Die Temperatur des Weltraumes. Die beiden englischen Physiker Biddeman und Dobson von der Universität Oxford treten heute mit einer überraschenden Hypothese über die atmosphärischen Verhältnisse in den höchsten Luftschichten an die Öffentlichkeit. Die englischen Physiker haben ihren Untersuchungen die Ergebnisse der

anstellung verlief ohne den geringsten Zwischenfall. Ohne Musik, ohne Gesang, in düsterem Ernst, wie es gekommen war, zog das Arbeiterheer wieder ab.

Sachverständigengutachten und Schuldfrage

Wer ist der Fälscher?

Die „Deutsche Zeitung“ fühlt sich genötigt, das von der Rechten wiederholt ausgetragene Märchen wieder aufzuwärmen, das Sachverständigengutachten enthalte eine neue Feststellung der Schuld Deutschlands am Weltkriege. Die ganz allgemein verständliche und objektive Sachdarstellung der Grundzüge des Sachverständigengutachtens, die der Ministerialrat Dr. Haenschel kürzlich als Fingerring im Ulstein-Dienst erschienen ließ, hat es der „Deutschen Zeitung“ besonders angetan. Sie fürchtet von dieser Darstellung eine „Verleumdung“ der Öffentlichkeit, wenn es einmal zum Volksentscheid über den Sachverständigenplan kommen sollte und wirft dem Verfasser eine Verfälschung der Wahrheit durch Beschweigen der erneuten Schuldfrage der Sachverständigen vor.

Wie steht es nun mit dieser angeblichen neuen Feststellung unserer Schuld am Kriege? Die Wahrheit ist, daß davon in dem ganzen Gutachten nichts zu finden ist und daß es sich hier um eine offensichtliche Verfälschung des Gutachtens durch die „Deutsche Zeitung“ handelt. Der betreffende Sachverständigen, auf den die „Deutsche Zeitung“ abzielt, heißt wörtlich: „Es ist zudem keine gewöhnliche Schuld, mit der wir uns befassen, denn Deutschland hat keine nennenswerten Verwüstungen erlitten und an erster Stelle steht seine moralische Verpflichtung denen gegenüber, die so schwer durch den Krieg gelitten haben.“

Inwiefern hierin eine neue Aufstellung der Schuldfrage und eine Festlegung der deutschen Schuld am Kriege zu erkennen ist, wird für ewig Geheimnis der „Deutschen Zeitung“ bleiben. Die „Schuld“, von der die Rede ist, ist dieselbe, von der die Sachverständigen vier Zeilen vorher sprechen, wo sie sich mit den praktischen Mitteln zur Einziehung dieser Schuld befassen. Es ist wirklich lächerlich, diese Reparationsschuld, über deren Einziehung das Gutachten handelt, in die Schuld Deutschlands am Kriege umzuwandeln. Wenn die Sachverständigen mit der Begründung, daß Deutschland keine nennenswerten Verwüstungen erlitten hätte, eine moralische Verpflichtung Deutschlands denen gegenüber, die so schwer durch den Krieg gelitten haben, festzustellen versucht, so ist dies gerade das Gegenteil einer Aufstellung der Schuldfrage, nämlich der Versuch, Deutschlands Verpflichtungen lediglich auf die Grundzüge der Menschlichkeit und des gemeinsamen Verbundenheits aller Kulturvölker bei der Heilung der ihnen durch den Weltkrieg zugefügten Schäden zu stützen. Daß die „Deutsche Zeitung“ den Wortlaut der oben wiedergegebenen Feststellung der Sachverständigen ihren Lesern vorsetzt, ist begreiflich, da sonst selbst ihren Lesern ein Blick über diese plumpe Fälschung aufgehen könnte.

Der Achstundentag.

Aufruf des Internationalen Metallarbeiterkongresses.

Wien, 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Sonntag-nachmittag-Sitzung des Internationalen Metallarbeiterkongresses erstatteten die Vertreter der verschiedenen Länder Berichte über den Achstundentag. Es sprachen Brownie für England, Cade für Frankreich, Dörmann für Deutschland, Kaufmann für die Tschechoslowakei, Teller für Polen. Darauf wurde eine Entschließung angenommen, in der der Kongress die Metallarbeiter aller Länder aufruft, den Versuch einer geschlossenen Kapitalistenfront, den Achstundentag zu durchbrechen oder zu befehlen, mit aller Entschiedenheit, eventuell mit den äußersten Mitteln, entgegenzutreten, in dem Bewußtsein, mit diesem Abwehrkampf die Sache des Gesamtproletariats zu verteidigen. In diesem Kampf wird jeder kämpfenden Gruppe die vollste Solidarität der Metallarbeiter-Internationalen zugesichert. Der Kongress fordert die Mitglieder auf, in allen Ländern ihren ganzen Einfluß für eine rasche Ratifizierung des Washingtoner Abkommens geltend zu machen, ohne zu übersehen, daß in erster Linie die proletarische Selbsthilfe den Achstundentag zu sichern vermag.

Zwei tschechische sozialdemokratische Minister, die Genossen Sedwanz (Unterricht) und Habzman (Sozialpolitik) sind durch Krankheit gezwungen, von diesen Stellen zurückzutreten und werden durch die Genossen Dr. Marobitsch (jetzt Minister für die Slowakei) und Abg. Dr. Leo Winter ersetzt.

Sternschnuppenbeobachtungen zugrunde gelegt. Durch eingehende Beobachtung der an verschiedenen Orten niedergegangenen Meteore und durch die Berechnung ihrer Flugbahn hat man ziemlich genau deren Höhe festgestellt können. Man hat dabei gefunden, daß diese Meteore, die Trümmer von Sternkörpern sind, die den Weltraum durchfliegen und sich beim Passieren unserer Atmosphäre erhitzen, durchschnittlich in einer mittleren Höhe von 90 bis 150 Kilometer erkönnen. Ihre Schnelligkeit in der Luft schwankt zwischen 10 und 150 Kilometer in der Sekunde, und ihre Beschleunigung, die oft nur die eines Sternes 7. Größe ist, erreicht zuweilen diejenige des Vollmonds. Unter Berücksichtigung des Grades der Erhitzung, der nötig ist, um uns die Meteore sichtbar zu machen, sind die beiden englischen Forscher zu folgenden Ergebnissen gelangt: Der Luftdruck ist in größeren Höhen keineswegs so niedrig, wie man bisher geglaubt hat. Man hätte mit Hilfe von Registrierballons festgestellt, daß in 150 Kilometer Höhe der atmosphärische Druck nur ein tausendstel des Luftdruckes an der Erdoberfläche beträgt. Lindemann und Dobson fanden dagegen, daß er in Wahrheit über tausendmal größer ist. In bezug auf die Temperatur ist das von den Engländern mitgeteilte Ergebnis noch überraschender. Bisher glaubte man, daß die Temperatur um so mehr sinkt, je höher man hinaufkommt. Die beiden englischen Gelehrten behaupten indessen, daß, wenn die Temperatur in der Höhe von etwa 12 Kilometer auf 50 Grad unter Null sinkt, sie dafür in 50 Kilometer Höhe auf 27 Grad Wärme steigt, daß also in dieser Höhe die Temperatur des Weltraumes der eines schönen Sommertags auf der Erde entspricht.

Diese überraschenden Berechnungen, die in so unüberbrückbarem Widerspruch zu allen bisherigen Berechnungen stehen, werden nicht verfehlen, unter Physikern und Astronomen einen lebhaften Meinungsaustausch herbeizuführen.

Siegfried Jacobson gehört nicht der Zeitgeschichte an. Ein für die Presse interessanter Rechtsstreit beschäftigte den 6. Zivilsenat des Kammergerichts. Der Herausgeber der „Weltbühne“, Siegfried Jacobson, hatte beim Landgericht eine einstweilige Verfügung gegen das sandkollifische Organ „Die Aktion“ erwirkt, monoch der letztere verboten wird, Jacobsons Photographie in ihren Blättern zu veröffentlichen. Auf eine Beschwerde der „Aktion“, die damit begründet wurde, daß Siegfried Jacobson der Zeitgeschichte angehöre und deshalb nach den gesetzlichen Bestimmungen auch ohne Erlaubnis photographiert werden dürfe, hob das Landgericht diese einstweilige Verfügung wieder auf. Dagegen hatte der Herausgeber der „Weltbühne“ wiederum Verfügung eingeleitet. In der Berufungsverhandlung vor dem Kammergericht bestritt Jacobson, daß er der Zeitgeschichte angehöre, während der Vertreter der Gegenseite, Justizrat Dr. Broh, darauf hinwies, daß jeder der Zeitgeschichte angehöre, der sich in die Öffentlichkeit stelle, diese beschäffige oder zu beeinflussen suche. Das Kammergericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß ein Publizist wie Siegfried Jacobson nicht der Zeitgeschichte angehöre und hob das Landgerichtsurteil auf, so daß es bei der einstweiligen Verfügung gegen die „Aktion“ bleibt.

Prof. Erich Berner, der Vertreter der familiären Philologie an der Bayerischen Universität, hat das Angebot des sächsischen Lehrstuhls der Universität Berlin abgelehnt.

